

KONGRESSDIENST

Hamburg
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Okt./Nov. 1961
NUMMER 8



Wird Deutschland verkauft?

Es ist zum Gemeinplatz geworden, daß wir in bewegten Zeiten leben; die Fülle der Meldungen und Nachrichten, die sich heutzutage auf uns ergießt, läßt uns oft vergessen, was am Vortage geschehen ist. Das wirklich Wichtige geht in dieser Flut oft unter.

Diese Erscheinung ist nicht gemeint, wenn wir behaupten, daß die Politik in der Bundesrepublik in Bewegung geraten ist. Gemeint ist: Seit dem 13. August, spätestens seit der Bundestagswahl, ist klar, daß es nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Das haben sogar die etwas weitsichtigeren politischen Freunde Adenauers bemerkt. Sebastian Haffner schreibt in der „WELT“, nicht einmal Adenauer selbst werde seine bisherige Politik fortführen können, „ob er will oder nicht, er wird sie ändern, radikal ändern müssen, so oder so.“ Das sind Worte eines Adenauer-Bewunderers.

Was hat die Sperrmauer durch Berlin, was hat das Ergebnis der Bundestagswahl mit der notwendigen Änderung der westdeutschen Politik zu tun? Die Antwort lautet: Die Sperrmauer eine ganze Menge, die Bundestagswahl nichts.

Um bei der Bundestagswahl zu beginnen: Diese Wahl hat nichts geändert, weil sie nichts ändern konnte. Der Wähler nimmt Adenauer die absolute Mehrheit, er gibt sie der FDP und der SPD. Der Wähler wünscht also eine andere Regierung und eine andere Politik. Aber was geschieht? Adenauer wird trotzdem wieder Kanzler; und die beiden „Oppositionsparteien“, die FDP und die SPD, beweisen einmal mehr, daß von ihnen Opposition nicht zu erwarten ist. Gegenwärtig berät man über die „Fortführung der bisherigen Außenpolitik“. Bezeichnend daran ist nur, daß man das schon vor der Wahl wußte, wenn man einigermaßen eingeweiht war. Diejenigen, die diese mit Spannung erwartete Wahl schon im voraus für völlig unwichtig erklärten, haben also recht behalten. Einen Zyniker könnte dieses Schauspiel zum Lachen bringen: Nachdem die einzige echte Opposition, die DFU, nach einem gemeinsamen Trommelfeuer ohnegleichen für die Masse der Wähler als Alternative ausgeschieden war, hatten die Bemühungen des Wählers, mit dem Stimmzettel die bisherige Politik zu ändern, in ihrer voraussehbaren Vergeblichkeit etwas Tragisches. Die Politik der Bundesrepublik wird sich ändern; aber das liegt nicht an uns. Es liegt zum Beispiel und unter anderem an der Mauer durch Berlin. Diese Mauer ist ein Symbol. Sie zeigt, daß der Bundesrepublik das Gesetz des Handelns entglitten ist. Heute machen die anderen Politik, die Bundesrepublik reagiert nur noch, sie wehrt sich gegen das, was auf sie unaufhaltsam zukommt, und zwar aus Ost und West. In London, Washington, Paris wird heute über die notwendigen Änderungen der westdeutschen Politik diskutiert, über die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, über den Verzicht auf Atomwaffen und eine atomwaffenfreie Zone in

Mittleuropa, in Bonn wird nur dementiert.

Unsere Leser kennen die hier erwähnten Gesprächsthemen; denn es sind unsere Forderungen, die Forderungen der Atomwaffengegner. Wir und mit uns zahlreiche weiterblickende Menschen im In- und Ausland haben diese Forderungen aufgestellt und vertreten, weil wir erkannt haben, daß sich nur durch ihre Verwirklichung der Friede in Deutschland und Europa sichern läßt. Wenn sie jetzt auch in Washington hoffähig geworden sind, dann spiegelt sich darin der Wille der USA, einen Krieg um Deutschland und Berlin nicht ausbrechen zu lassen. Es liegt nunmehr offen zutage, welche Politik den Frieden gefährdet und welche ihn gewährleisten könnte.

So oder so werde sich die westdeutsche Politik ändern müssen, sagt Sebastian Haffner. Es wäre kein Problem für die Bundesrepublik, ab morgen eine Politik der Verständigung zu treiben, die Atomwaffen auf deutschem Boden zu vernichten und im übrigen einige durch deutsche Schuld entstandene Realitäten anzuerkennen.

Adenauer aber fordert offen für die Bundeswehr die bisher im Gewahrsam der Amerikaner stehenden Atomsprenkkräfte. Gleich mehrere Zeitungen, die der Bundesregierung „nahe-

eine harte und verständigungsfeindliche Politik. Die Bundesrepublik glaubt anscheinend, auf diese Weise allen westlichen Verhandlungsangeboten mit einem Veto begegnen zu können.

Wenn dieser Plan jedoch fehlschlägt, so deutet vieles darauf hin, daß man sich dann entschließen wird, auf eigene Faust zu handeln. Wenn die USA eine Verständigung mit dem Ostblock suchen und damit für alle „Befreiungspläne zur lästigen Bremse werden, so wird man sich dieser Fesseln zu entledigen versuchen. In westdeutschen Zeitungen wird diese Möglichkeit ganz offen in Betracht gezogen.

Man kann sicher sein, daß der westdeutsche Wähler nichts dergleichen gewollt hat. Noch immer sind die Mitglieder und Wähler der SPD und der FDP in ihrer großen Mehrzahl Gegner der atomaren Aufrüstung, Befürworter einer Politik der Verständigung und Neutralität. Für sie wird das Gesicht der Partei nicht von den Managern an der Spitze bestimmt, sondern von den kleinen Funktionären, dem Betriebsrat Müller oder dem Kaufmann Meier, von denen sie ganz genau wissen, daß sie solche Abenteuer niemals guteheßen würden.

Wenn, wie es der Fall ist, der Wille des Wählers und die Taten und Pläne der Gewählten auseinanderklaffen, so ist das kein Dauerzustand. Die Ge-

Es stand sogar in der „WELT“

Es hat sich herumgesprochen, daß die von Adenauer und Dulles betriebene „Politik der Stärke“ gescheitert ist, weil sie nicht Ausdruck wirklicher Stärke war, sondern Ideen und kraftvolle Initiative durch Starrheit zu ersetzen versuchte. Dulles ist in seinen letzten Monaten von ihr abgerückt, während Adenauer auch heute noch an ihr festhält. Es ist geradezu tragisch, mitanzusehen, wie er mit dieser Taktik das Prestige, das er im Ausland genoß und das uns allen zugute kam, selber demoliert. Das Argument, wir müßten ihn wegen seines Ansehens im Ausland weiterhin als Kanzler behalten, traf 1955 zu. Seither hat dieses Argument von Jahr zu Jahr und immer rascher an Gewicht verloren. Weite Kreise — auch in Amerika — warten ungeduldig auf einen Nachfolger, damit man mit ihm offen und realistisch reden könne. Aus innerpolitischen Gründen wird dafür gesorgt, daß unsere Öffentlichkeit hiervon wenig erfährt. Das mag geschickt erscheinen, klug ist es nicht. Wenn Bundeskanzler Adenauer mit Zustimmung der Mehrheit des Bundestages seine Politik der Stärke endgültig ad absurdum führen will, so ist das unsere eigene Verantwortung.

Albrecht v. Kessel in der WELT v. 11. 10. 1961

stehen“, fordern mehr Mittel für eine sorgfältige und generalstabsmäßig betriebene Unterwühlung der DDR. Hans Zehrer, der heute einflußreichste Publizist der Bundesrepublik, bereitet ideologisch den „Notstand“ vor, der juristisch und administrativ bereits durchgeplant ist; die ersten derartigen Gesetze sind verabschiedet. Die Bundeswehr hat ihre von der Nato festgelegte Sollstärke weit überschritten.

„Wird Deutschland verkauft?“ schrieb jüngst die „Bild-Zeitung“ zu den Verständigungsbemühungen der USA. Die damit eingeleitete Pressekampagne dient offenbar dem Zweck, den Westen unter Druck zu setzen, indem man bemüht ist, ihm vorzuspiegeln, die westdeutsche Bevölkerung verlange

wählten versuchen, das Volk für ihre Pläne „reif zu machen“. Das ist der Weg von oben, der autoritäre Weg. Zu seiner Durchsetzung stehen Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film zur Verfügung. Es gibt auch den Weg von unten, den demokratischen Weg.

Wir wollen uns über seine Schwierigkeiten keine Illusionen machen.

Die jetzt im Bundestag vertretenen Parteien, die sich vor der Wahl scheinbar erbitterte Gefechte lieferten, haben wahrgemacht, was diejenigen, die ein wenig hinter die Kulissen zu schauen verstehen, schon lange kommen sahen: Heute besteht im Bundestag eine reaktionäre Einheitsfront von Wehner bis Majonica, die jede Entspannungsbemühung, jedes vernünftige Verhandlungs-

Zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche

Am 31. August kündigte die Sowjetunion an, daß sie die von ihr im März 1958 einseitig eingestellten Kernwaffenversuche wiederaufnehmen werde. Sie hat seitdem eine größere Anzahl derartiger Versuchsexplosionen durchgeführt. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien stellten daraufhin der Sowjetunion ein Ultimatum, sofort die Versuchsexplosionen in der Atmosphäre einzustellen. Noch ehe dieses Ultimatum ablief, erklärte Präsident Kennedy, die Vereinigten Staaten würden auf jeden Fall sofort mit unterirdischen Atomwaffentests beginnen. Am 15. September

unternahmen die USA in Nevada einen unterirdischen Kernwaffenversuch, dem inzwischen weitere folgten.

Die Erklärung der Sowjetunion vom 31. August kam völlig überraschend und hat viele Menschen, die an den Friedenswillen der Sowjetunion glauben, erschüttert.

Die unmittelbare Gefahr der Atomwaffenversuche besteht darin, daß die durch die Explosion in die Atmosphäre gelangten und allmählich wieder absinkenden radioaktiven Partikel, der sog. „fallout“, den Menschen in noch nicht restlos erforschtem Maße schädigen. Diese Gefahren hat die Sowjetunion ebenso bewußt in Kauf genommen wie einige höchst bedenkliche politische Folgen.

In den USA wurden bereits seit einiger Zeit Bestrebungen nach Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche spürbar. Den Militärs und Technikern, die in der Öffentlichkeit mit derartigen Forderungen hervortraten, ging es im wesentlichen um die Entwicklung „kleiner“ Waffen, die für die Strategie des „begrenzten Krieges“ benötigt werden. Wie die sofortige Reaktion der USA zeigt, waren die unterirdischen Anlagen für solche Erprobungen schon seit geraumer Zeit fertiggestellt. Der sowjetische Schritt bedeutete für die an diesen Versuchen interessierten Kreise nur den willkommenen Startschuß und leitete auf diese Weise eine neue Runde des Wettübens ein.

Bekanntlich ziehen im Westen die Kräfte, die jede auf Entspannung und Abrüstung gerichtete Initiative zu hintertreiben versuchen, zu ihrer Rechtfertigung stets die angebliche „kommunistische Weltgefahr“ heran. Die Atomwaffengegner in aller Welt weisen demgegenüber darauf hin, daß die Sowjetunion kein Interesse an einem dritten Weltkrieg haben kann, sondern an der Erhaltung des Friedens, an einer dauerhaften Entspannung und an einer allgemeinen Abrüstung aufrichtig interessiert ist. Heute gebärden sich die Kräfte des Kalten Krieges, als seien sie nun endgültig gerechtfertigt; ihre Presse trieft von einer skrupellosen antikommunistischen Hetze. Sie, die an westlichen Atomversuchen nie etwas auszusetzen fanden und die Warnungen der Atomwaffengegner bagatellisierten, protestieren jetzt heuchlerisch gegen die sowjetischen Versuche, während sie gleichzeitig „Verständnis für den Entschluß Kennedys“ aufbringen (vgl. WELT v. 6. Sept.).

Demgegenüber sind die Atomwaffengegner in eine gewisse Verlegenheit geraten. Ihre Organisationen in der Bundesrepublik und im Ausland, insbesondere die machtvollen und aktiven englischen und japanischen Gruppen, haben gegen den sowjetischen Schritt protestiert und damit ein für allemal den Verdacht widerlegt, sie würden mit ungleichen Maßstäben messen und seien „auf dem linken Auge blind“. Daß wir es im Ton den kalten Kriegern nicht gleich tun, versteht sich allerdings von selbst und bringt uns neue Verdächtigungen ein; aber das läßt uns kalt. Die Verlegenheit vieler unserer Freunde aber er-

gibt sich daraus, daß sie sich in ihren Hoffnungen enttäuscht glauben.

Wenn die Sowjets bewußt die Gefahr auf sich nehmen, die ganze Welt gegen sich aufzubringen, dann kann nur ein Narr annehmen, daß sie dafür nicht gewichtige Gründe haben. Ging es den Sowjets um eine Einschüchterung des Westens durch eine Machtdemonstration, um eine politische Erpressung? Man sollte sich, ehe man derartige Vermutungen anstellt, mit den Gründen befassen, die die Sowjetunion selbst für ihre Maßnahme anführt.

Einige der Tatsachen, die in der sowjetischen Regierungserklärung genannt sind, lassen sich kaum bestreiten, so zum Beispiel der für die Sowjetunion enttäuschende Verlauf der Genfer Verhandlungen. Es mußte in der Tat den Gedanken an Obstruktion nahelegen, wenn die USA und Großbritannien sich bemühen, unterirdische Versuche aus einem Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche auszuklammern, während Frankreich unbeirrt seine atmosphärischen Versuche fortsetzt. Doch läßt die sowjetische Regierung keinen Zweifel daran, daß das bisherige Scheitern dieser Verhandlungen für ihren Entschluß nicht letztlich maßgebend war.

Der entscheidende Abschnitt der Regierungserklärung der UdSSR beschäftigt sich mit der Bundesrepublik. Es ist nicht zu verkennen, daß die Sowjetunion die Auffassung vertritt, von Westdeutschland aus könne ein dritter Weltkrieg ausgelöst werden. In diesem Zusammenhang erwähnt die sowjetische Erklärung die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, die Gebietsforderungen der Bundesrepublik und die Tatsache, daß die Ankündigung eines Friedensvertrages mit der DDR durch die Drohung mit dem berüchtigten „Alarmplan“ beantwortet wurde, der einen handstreichartigen Überfall auf die DDR vorsah.

Wir Atomwaffengegner haben auf die gefährliche Politik der Bundesrepublik selbst so oft hingewiesen, daß uns die sowjetischen Befürchtungen nicht überraschen können.

Abgesehen davon, daß die angeführten Tatsachen leider nur allzu wahr sind, spricht aus den Worten der Erklärung zuviel berechtigte Sorge um den Weltfrieden, als daß man sie als Vorwand abtun könnte. Gerade wir Deutschen haben zu einer solchen Überheblichkeit nicht den geringsten Grund.

Die politischen Motive des sowjetischen Schritts waren demnach folgende: überzeugend zu demonstrieren, daß die Sowjetunion nicht „blufft“ und das alle Spekulationen mit dem Abenteuer eines „begrenzten“ Krieges im Abgrunde eines atomaren Chaos enden würden. Das ist im Westen auch verstanden worden. Die Spekulationen auf einen „begrenzten“ Krieg beherrschen heute weit weniger das Gespräch der Regierungskreise in Washington und London als vielmehr die Suche nach Möglichkeiten, mit dem Osten zu

Fortsetzung von Seite 2

angebot erbittert bekämpft. Gegen die Einsicht, daß nur Verhandlungen den Frieden retten können, wird als Waffe eine neue Dolchstoßlegende geschmiedet. Die Politik des Wandels am Abgrund des Krieges, deren Verfechter jetzt zu immer verzweifelteren und gefährlichen Mitteln greifen, ist bankrott; der Versuch ihrer Fortsetzung bildet das größte Hindernis für eine Entspannung der kritischen Weltsituation.

Keine Krise läßt sich auf einen Schlag lösen. Eine weltweite Entspannung kann nur erreicht werden, wenn zuvor an den Krisenherden der Friede hergestellt wird. Darum sind Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten heute, 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, überfällig. Der Friedensvertrag würde den gefährlichen Brand- und Krisenherd der Welt entschärfen und damit zugleich einer allgemeinen Abrüstung und Entspannung einen neuen, entscheidenden Impuls geben.

Es ist eine Lüge, wenn von Bonn aus die Behauptung ausgestreut wird, durch den Abschluß des Friedensvertrages und die unumgängliche Anerkennung der DDR werde Deutschland „verkauft“, die Spaltung Deutschlands zementiert. Das Gegenteil ist richtig. Der Friedensvertrag würde vielmehr erst eine Lage schaffen, die eine im wahren deutschen Interesse liegende Politik ermöglicht. Durch seine wechselseitigen Verpflichtungen entstünde zwischen Bundesrepublik und DDR eine starke Klammer, die die schon längst abgeschriebene Wiedervereinigung in erreichbare Nähe rückt.

Niemand will der Bundesrepublik und der DDR einen Friedensvertrag diktieren; er muß ausgehandelt werden. Wenn die Parteien des Bundestages aber derartige Verhandlungen überhaupt zu hintertreiben versuchen, so ist es Sache der Wähler, ihren Willen zu demonstrieren. Die Mehrheit wollte am 17. September eine Politik, die den Frieden sichert; das beweist die Niederlage der CDU. Wenn die Gewählten das nicht ernst nehmen und die bisher in der Opposition stehenden Parteien gerade in die Politik einschwenken, die die Bevölkerung in ihrer Mehrheit ablehnte, dann verlagert sich die Verantwortung wieder zurück auf den Wähler. Wir selbst müssen das entscheidende Gewicht auf die Waage legen, die um Deutschlands willen zwischen Krieg und Frieden schwankt.

Gegen Atomwaffen in Ost und West

Heiße Debatten auf dem Gelsenkirchener Ostermarsch-Kongreß

Am 3. September fand in Gelsenkirchen unter dem Thema „Politik ohne Bombe“ ein Kongreß der Ostermarsch-Teilnehmer statt. Einlader war der Regionale Ausschuß West „Ostermarsch der Atomwaffengegner“. Man konnte diesem Kongreß mit großen Erwartungen entgegensehen; denn er schien die Möglichkeit zu der dringend erforderlichen Aussprache unter den Teilnehmern der Ostermärsche zu bieten. Klärung tat not. Wenn man sich nicht darauf beschränken will, „gegen die Bombe“ zu sein, so muß das Konzept einer Politik gefunden werden, die einen Verzicht auf dieses Massenvernichtungsmittel möglich macht. Wie diese Politik aussehen soll, darüber bestanden und bestehen unter den Teilnehmern der Ostermärsche durchaus verschiedene Meinun-

verhandeln. Hierbei ist man sich im klaren, daß bei solchen Verhandlungen auch vom Westen Konzessionen in Richtung auf Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze und den Verzicht auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr gemacht werden müßten.

Die Sowjetunion hat den Westen, nachdem sie es vorher lange Zeit vergeblich mit anderen Mitteln versucht hat, durch eine Maßnahme aus dem Arsenal der Politik der Stärke an den Verhandlungstisch gezwungen. Im Effekt hat der sowjetische Schritt daher die Kriegsgefahr nicht erhöht, sondern verringert. Das sollten wir bei allem Protest gegen eine Maßnahme, die wir als solche nicht billigen können, nicht übersehen.

Die Versuchsexplosionen in Ost und West müssen schnellstens beendet werden. Was können wir dazu tun? Proteste allein, an welche Adresse auch immer, genügen nicht. Im eigenen Land müssen wir dafür sorgen, daß eine Atmosphäre der Entspannung entsteht und der Gifthauch des kalten Krieges verfliegt. Hier liegen unsere Aufgaben. Sie sind um so dringender, weil in der Bundesrepublik von der wachsenden westlichen Verhandlungsbereitschaft noch nichts zu spüren ist. Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker, die Bundesrepublik werde ihre Politik revidieren müssen, haben die Folge gezeitigt, daß man bei uns vom „Ausverkauf der deutschen Interessen“ spricht. Alle im neuen Bundestag vertretenen Parteien haben in diesen Chor eingestimmt und sind sich in dem Bemühen einig, den Verhandlungswillen des Westens zu sabotieren.

Darum ist es notwendig, daß die Friedenskräfte der Bundesrepublik alle Anstrengungen unternehmen, um dieses lebensgefährliche Hindernis zu überwinden. Wir selbst müssen unsere Regierung an den Verhandlungstisch zwingen. Wenn die Bundesregierung sich endlich dazu bereit erklärt, einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa nicht mehr kategorisch abzulehnen, sondern endlich darüber zu verhandeln, dann wäre weit mehr für den Weltfrieden geschehen, als alle Proteste je ausrichten können.

gen. Das Motto des Kongresses ließ erwarten, daß diese Fragen nun einmal endlich ausdiskutiert werden sollten.

Aber es kam anders, leider. Das war auch den Teilnehmern des Kongresses am Ende deutlich bewußt, als sie beschlossen, man müsse nun einen neuen Kongreß einberufen. Sicherlich, man war sich einig, daß der Ostermarsch auf jeden Fall wieder stattfinden müsse. Aber das war kein Schritt nach vorn; die Marschierer hatten auf der Stelle getreten. In den entscheidenden Fragen redete man nicht miteinander, sondern gegeneinander.

Christian Geißler, Autor des Buches „Die Anfrage“, leitete den Kongreß ein mit einem Referat zu dem Thema „Auschwitz, Hiroshima und die Hoffnung des Menschen“. Es wird den Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben wegen der Leidenschaft und Intensität, mit der Geißler Anklage gegen die Korruption des Denkens erhob, die die Atombombe ermöglicht hat und verwendet. Geißler ist ein Moralist; er sieht das Übel primär nicht bei den Dingen, auch nicht bei den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern im korrumpierten Bewußtsein des Einzelmenschen. Es ist selbstverständlich, daß sich daraus auch ganz bestimmte politische Folgerungen ergeben. Damit kann man nun einverstanden sein oder auch nicht, auf jeden Fall wäre das ein Beitrag zur Klärung gewesen, wenn man dazu gekommen wäre, darüber zu diskutieren.

Der Bundesvorsitzende der Naturfreunde, Herbert Faller, berichtete dem Kongreß über einen Erfahrungsaustausch mit den englischen Atomwaffengegnern. Eine Reihe organisatorischer „Tips“, die er aus England mitbrachte, wären ebenfalls eine Diskussion wert gewesen. Man sollte seine Vorbilder nicht immer nur zitieren, sondern auch etwas von ihnen lernen, und sei es nur, daß ein Ostermarsch kein Schweigemarsch zu sein braucht, wie einige toderne Deutsche vorher meinten.

Es war sehr schade, daß Hans-Konrad Tempel, der Koordinator der Ostermärsche, auf dem Kongreß aus beruflichen Gründen nicht anwesend sein konnte. Sein Referat wurde von Helga Stolle verlesen. Man konnte sich nicht dem Eindruck verschließen, daß Herr Tempel, dessen Verdienste um die Ostermarsch-Bewegung hier nicht geschmälert werden sollen, bei seinem Suchen nach Möglichkeiten erfolgversprechender politischer Aktivität sich ein wenig vom Boden der Realität gelöst hatte. Den meisten Teilnehmern des Kongresses jedenfalls erschienen seine Vorschläge als blanke Utopien. Es verbesserte auch nicht das Klima, das seine Andeutungen bewußt etwas geheimnisvoll gehalten waren. Um es einmal klar zu sagen: Die Ostermarschbewegung verträgt keinen Führer, der einsame Entschlüsse faßt; wer führen will, kann nicht einfach zu einer Aktion aufrufen, er muß zunächst einmal überzeugen.

Wenige Tage zuvor hatte die Sowjet-

union die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche angekündigt. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Ereignis auf dem Kongreß eine bedeutende Rolle spielte. Wohl alle Teilnehmer des Kongresses waren über diese Maßnahme bestürzt. Es lag nahe, daß der Kongreß einen Protestschritt unternahm. Herr Stubenrauch unternahm es, diese Forderungen zu stellen. Er brachte es durch die Art, wie er es tat, beinahe zuwege, die Ostermarschbewegung zu zerstören. In dieser 20-Minuten-Rede war alles drin: Antikommunismus im Bildzeitungsstil („Ulbricht, die sächsische Lenin-Karikatur“), politische Forderungen und Thesen, die in der Anti-Atom-Bewegung nichts zu suchen hatten, und für diejenigen, die seinem Antrag nicht zustimmen wollten, wofür es gute Gründe politischer Zweckmäßigkeit gab, die Verdächtigung, sie seien für die Atombombe, wenn sie in den Händen der Russen sei. Also: eine Provokation. Zu allem Überflus leitete Herr Stubenrauch auch noch die Diskussion, für die nur eine Stunde vorgesehen war. Was blieb den Teilnehmern übrig, als die Provokation zurückzuweisen, wobei es unter dem Druck der Zeit zu Schärfen kam?

Einigen besonnenen Teilnehmern gelang es schließlich, die Wogen wieder zu glätten. Es wurde beschlossen, der sowjetischen Botschaft einen Protestbrief zu schicken, von dem die Botschaften der Westmächte Durchschläge erhalten sollten. Schließlich ging man friedlich auseinander.

Der Kongreß war kein Mißerfolg, wenn er auch seine eigentliche Aufgabe nicht voll erfüllt hat. Die Ostermärsche werden weiter stattfinden; die gemeinsame Aktion ist ein starkes Band. Aber die Notwendigkeit der Klärung ist jetzt größer als zuvor. Gerade das Bewußtsein, daß wir uns in vielerlei Hinsicht unterscheiden, zwingt zu um so intensiverer Besinnung auf die gemeinsamen Grundlagen und Ziele.

Ostermarsch im Film

Auf den Ostermärschen 1961 wurde ein Tonfilm gedreht, der nunmehr vorliegt: Regie: Erika Runge; Text: Arno K. Reinfank; Kamera: Carlo Schellemann. Die Spieldauer des Filmes beträgt etwa 30 Minuten. Der Preis ist schlechthin konkurrenzlos: Der Film kostet nur 200 DM. Es besteht auch die Möglichkeit, ihn zu leihen.

Ohne eine Besprechung vorwegzunehmen, wollen wir hier schon sagen, daß der Film ausgezeichnet ist. Es tut ihm keinen Abbruch, daß er manchmal genau so improvisiert wirkt, wie es auch der Ostermarsch war. Nebenbei: Viele Ostermarschierer haben die Chance, sich zum ersten Mal in einem Film zu sehen. Aber nicht nur darum ist er für Jugendgruppen und zur Vorbereitung des nächsten Ostermarsches genau das Richtige.

Bestellungen an Erika Runge, Sprendlingen, Am Wilhelmshof 7.

Eine Warnung, die nicht überhört werden sollte

Der bekannte Journalist und Militärfachmann Major a. D. Hans-Moritz von Frankenberg und Proschlitz analysiert in seinem Beitrag die gegenwärtige militärische Lage und nimmt dabei besonders zu der wieder in Mode gekommenen Theorie vom „begrenzten Krieg“ Stellung. Das in dem Aufsatz verarbeitete umfangreiche Tatsachenmaterial beweist mit großer Deutlichkeit, welches Gefahrenmoment in dieser Theorie enthalten ist.

„Kriege hat es immer gegeben und es wird sie auch in Zukunft geben“, so lautet ein fatalistischer Ausspruch, den man hin und wieder hört und der in früheren Zeiten wohl eine gewisse Gültigkeit gehabt haben mag. Denn die Vernichtung des Menschen durch den Menschen ist uns bekannt, soweit uns die Geschichte bis in die fernste Vergangenheit überliefert ist. Von der primitiven Schlagwaffe, über Pfeil und Bogen, verbessert zur Handfeuerwaffe bis zur maschinellen Schußwaffe, — vom dem Rammbock über die Steinschleuder bis zum Geschütz mit Sprenggranaten ist dieser Weg durch grauenvolle Vernichtung und Zerstörung gekennzeichnet.

Doch dann kam das 20. Jahrhundert. Es brachte nicht nur grundlegende Veränderungen in der Waffentechnik, sondern auch eine neue Epoche in den internationalen Beziehungen der Menschheit.

Nach dem 1. Weltkrieg war die vorherrschende Kraft auf der Erde der Kapitalismus, der 83 % des Territoriums, 91 % der Bevölkerung und 90 % der industriellen Produktion auf sich vereinigte. Ihm gegenüber stand allein die Sowjetunion als sozialistischer Staat. Das Kräfteverhältnis betrug 9:1.

Nach dem 2. Weltkrieg schlossen sich der Sowjetunion eine Reihe Länder Asiens und Europas an, während ein weiterer Teil Staaten neutral blieb. So verschob sich das Kräfteverhältnis zum Vorteil der Sowjetunion.

Auf dem waffentechnischen Gebiet brachte unser Jahrhundert die Erfindung der Atombombe. Auch hier wurde das anfängliche Übergewicht der westlichen kapitalistischen Großmacht, der USA, durch Brechung der Monopolstellung seitens der östlichen sozialistischen Gegenmacht ausgeglichen. Heute dürfte hier sogar ein Gleichstand, wenn nicht sogar eine gewisse Überlegenheit des Ostens auf dem Raketengebiet, vorhanden sein.

Strategie und Taktik haben sich diesen neuen Waffenarten angepaßt. So befinden wir uns in der gefährlichsten Situation der Menschheitsgeschichte, daß jeder ernste militärische Zusammenstoß zwischen den beiden Giganten in Ost und West zu einem globalen Krieg unter Einsatz aller nuklearen Vernichtungsmitteln zu werden droht.

Die USA haben nach „US-News and World Report“ 35—40 000 Atombomben (etwa die gleiche Anzahl rechnet man der Sowjetunion zu) und atomare Sprengköpfe für Mittelstreckenraketen. Da sie noch keine Interkontinentalraketen einsatzfähig besitzen, haben sie die Sowjetunion durch Hunderte von Bomberstützpunkten mit 5000 Bombern, 200 Raketenabschußrampen

für Mittelstreckenraketen und 500 kleineren Raketen, sowie durch Polaris-U-Boote und Flugzeugträger eingekreist. So balanciert die Menschheit am Rande eines Kernkrieges und nur „Verrückte und Wahnsinnige befürworten einen 3. Weltkrieg.“

Atomares Patt und „begrenzter Krieg“

In dieser Situation des atomaren Patt hat der Westen militärtheoretische Überlegungen angestellt und militärpolitische Maßnahmen bekanntgegeben, die auf eine „Begrenzung des Krieges“ nach Raum und Waffen hinauslaufen, d. h. man zielt auf die Möglichkeit eines Krieges ohne die Anwendung modernster Nuklearwaffen, indem man sich auf den Einsatz konventioneller Waffen beschränkt, und unter Begrenzung auf einen bestimmten Raum, um ihn nicht zu einem Weltkrieg ausweiten zu lassen.

Einer der bekanntesten Verfechter dieser Theorie ist der amerikanische Professor Henry Kissinger. In seinem Buch „Die Entscheidung drängt“ begründet er seine These vom „begrenzten Krieg“ damit, daß die bisher geübte Taktik, bei zu erwartenden Konflikten den unverzüglichen Einsatz atomarer Waffen anzudrohen, unwirksam sei, da der Gegner jetzt mit den gleichen Waffen vernichtend zurückzuschlagen würde, was einem Selbstmord gleichkäme. Da man also auf Grund dieser Erkenntnis den angeordneten Schlag doch nicht führen werde, sei auch die Androhung unglaubwürdig. Infolgedessen müsse für eine spätere Zeitfolge in einem Konflikt die „Schwelle“ des Einsatzes atomarer Waffen so hoch wie möglich gelegt und den konventionellen Waffen Priorität gegeben werden.

Diese Theorien werden nun auch tatsächlich im westlichen Militärprogramm in die Tat umgesetzt. Kennedy verkündete eine „Erweiterung des Schildes der Nato“, ließ mehr als 200 000 Reservisten einziehen und eine Erhöhung des Militäretats, der schon über 50 Mrd. Dollar beträgt, um weitere 3,5 Mrd. Dollar bewilligen. Großbritannien verstärkte personell seine Rheinarmee, Frankreich verlegte eine Division von Algerien ins Mutterland, Holland verlängerte seine Dienstzeit bis zu 2 Jahren und schob Truppeneinheiten bis an die Weser vor, die Bundesrepublik behielt 36 000 zu entlassende Soldaten weitere drei Monate in den Kasernen, wodurch mit dem am 1. Oktober eingezogenen Wehrpflichtigen eine Kopfstärke von 360 000 Mann erreicht ist, eine Planzahl, die erst für 1963 vorgesehen war. Inzwischen sind in Westeuropa und der Bundesrepublik die Manöver „Schachmatt I“ und „Pfeilspitze“ so-

wie in der Ägäis und der Türkei „Schachmatt II“ durchgeführt.

Der Journalist Alsop schreibt dazu in der „New York Herald Tribune“:

„Die neue Doktrin erfordert einen wirklich ernsthaften, in die Länge gezogenen Test mit herkömmlichen Waffen...“, und der britische Mitarbeiter der Londoner Zeitung „Observer“, Sebastian Haffner, meint: „Bisher galt es als ausgemacht, daß in Europa keine begrenzte Auseinandersetzung, sondern nur der Totalkrieg in Frage komme... Was passieren wird, ist, daß der Westen sich von nun an in seiner Wehrpolitik mehr und mehr auf die Möglichkeit begrenzter konventioneller Auseinandersetzungen auch in Europa, auch über Berlin, umstellen wird. Das heißt zweierlei. Erstens heißt es, daß die Anwendung von Waffengewalt in Europa wieder möglich wird. Den selbstmörderischen Totalkrieg kann niemand wollen. Zweitens: Die Hauptlast der künftigen konventionellen Verstärkung des Westens in Europa wird unvermeidlich auf Deutschland fallen, weil Deutschland an Ort und Stelle liegt.“

An „Ort und Stelle“ empfiehlt außerdem der Mitarbeiter für psychologische Kriegführung, E. Taylor, als Grundlage der „Offensiv-Strategie“, die Methode des Guerilla-Krieges auf Mitteleuropa und insbesondere auf Ostdeutschland zu übertragen. Das „Wallstreet-Journal“ schrieb dazu, daß man in höchsten Militärkreisen der USA sehr wohl das Kriegsrisiko erwäge, das mit der „Offensiv-Strategie“ zusammenhänge. Wie diese Strategie aussieht, beschreibt die „Kölnische Rundschau“ v. 20. Sept. 1961 folgendermaßen: „Ohne sorgfältige Unterwühlung, wie sie vom Feind überall betrieben wird, ist eine Volkserhebung undenkbar, weil sie eine Führungsschicht braucht. Nun hat Staatssekretär Dean Rusk endlich wieder vom Raum des Selbstbestimmungsrechts in ganz Osteuropa gesprochen. Das, nicht nur die Zone, ist das weite Gebiet amerikanischer Versäumnisse. Dort muß, so man den Krieg gewinnen will, die Unterwühlungsarbeit mit generalstabsmäßiger Genauigkeit und reichen Mitteln geleistet werden.“

Und der „Münchener Merkur“ erläutert das Programm noch im einzelnen, daß sich nämlich „bei entsprechender politischer, psychologischer propagandistischer und nicht zuletzt auch organisatorischer und subversiver Vorbereitung des Westens katastrophale Spannungen für die Sowjetunion ergeben könnten. Sie würden von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum vollständigen passiven Widerstand, von der Massendesperation und von den Straßendemonstrationen bis zur völligen Auflösung der Volksarmee und bis zum regelrechten Volksaufstand gehen die Sowjettruppen gehen können.“

Was würde passieren

Man kann sich gar nicht vorstellen, was passieren würde, wenn in einer solchen Situation der Bundeswehr — wie vor 22 Jahren der Wehrmacht —

grünes Licht für einen Feldzug gegen den Osten gegeben würde, um nach einer vorbereiteten Blitzbesetzung der DDR die Sowjetunion vor ein Fait accompli zu stellen, mit der Begründung einer „Polizeiaktion“ ohne Einsatz nuklearer Waffen. — In diese Entwicklung platzte am 31. August die Ankündigung der Sowjetunion, daß sie sich angesichts der alarmierenden Tatsachen gezwungen sehe, „alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Sowjetunion in volle Bereitschaft zu versetzen, jeden Aggressor unschädlich zu machen, wenn er einen Überfall wagen sollte.“ Hierzu gehört der zeitweilige Aufschub der Entlassung von Soldaten, deren Dienstzeit jetzt abgelaufen war, und die Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen, um ein Abgleiten in den Krieg zu verhindern.

Diese deutliche Warnung sollte alle vor Selbsttäuschung bewahren, die da glaubten, man könne eine militärische Auseinandersetzung mit dem Osten wagen und dabei, wie früher, nur mit konventionellen Waffen Krieg führen. Jedenfalls ist von einem „Panzerdurchbruch nach Berlin“ nichts mehr zu hören, und der Ruf Brandts nach „Aktionen bis zum äußersten Risiko“ verhallte unbefolgt. Auch die Mehrzahl der in Belgrad versammelten neutralen Staaten erkannten, daß die Maßnahmen der Sowjetunion erzwungen und defensiv waren. Der Hinweis auf die Auswirkungen eines Nuklearkrieges auf Länder wie Frankreich, England und die Bundesrepublik, wirkte ebenfalls beruhigend auf die einfache Kriegshysterie. Der Bundeskanzler, der sich sonst stets gegen Verhandlungen gewehrt hatte, erklärte jetzt: „Wir werden durch Verhandlungen zu einer Lösung des Deutschland- und damit des Berlin-Problems kommen müssen, die für beide Teile, den Osten und den Westen, aber auch für das deutsche Volk annehmbar ist.“

1961 ist nicht 1939.

Mit den nuklearen Interkontinentalraketen hat die Sowjetunion, im Gegensatz zu früher, strategische Waffen in die Hand bekommen, die ganz entscheidend den Verlauf des Krieges bestimmen können.

Während in den früheren Kriegen mit konventionellen Waffen — einschließlich des 2. Weltkrieges — die Armeen gegeneinander kämpften und somit im Hinterland das jeweilige Militärpotential intakt blieb (die Bombenangriffe der Alliierten im 2. Weltkrieg gegen Deutschland waren ein schwacher Vorläufer der heutigen strategischen Waffen, ohne im Endeffekt den gewünschten Erfolg zu erzielen), ist man jetzt in der Lage, mit Interkontinentalraketen an jedem Punkt der Erde das gegnerische Militärpotential zu zerschlagen. Der sowjetische Marschall Malinowski erinnert daran, daß seit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion sich alle Mittel der Verteidigung, alle Waffen, um das Tausendfache verbessert haben. Nach westlichen Quellen besitzt die Sowjetunion 27 verschiedene Typen von Boden-Boden-Raketen. Nach den Worten des sowjetischen Marschalls und Befehlshabers der Raketenstruppen, Moskalenkow, umfassen die ballistischen Waffen taktische Raketen mit einer Reichweite von mehreren 100 km und

strategische interkontinentale Raketen mit unbegrenzter Reichweite.

Schon die taktischen Atomwaffen überschreiten bei weitem das erforderliche Maß für Kampfhandlungen zwischen Erdtruppen, weil man mit ihnen das Hinterland des Gegners treffen, Startplätze für Flugzeuge vernichten, gegnerische Reserven ausschalten, Küsten vor der Landung säubern, Nachschub und Depots zerstören, Raketenabschußrampen lahmlegen oder Landplätze für Luftlandungen tief im Rücken des Gegners freikämpfen kann. Wie weit der Schlag auf das Hinterland des Gegners gehen kann beschreibt der sowjetische General Talsenskij in einem Aufsatz: „Während es früher logisch war, eine Artilleriekonzentration zu zerschlagen, um mehrere Batterien auf einmal außer Gefecht zu setzen, so ist es unter den Bedingungen des modernen Krieges ebenso logisch, die Zentren der Atomindustrie anzugreifen, in denen Kernwaffen hergestellt werden, und ebenso die Fabriken für elektronische Ausrüstungen. Solche Angriffe würden

dem Gegner mit einem Schläge die Möglichkeit zum Einsatz von Hunderten und Tausenden von nuklearen Bomben und Granaten nehmen. Dies ist die unerbittliche Logik der Anwendung von Kernwaffen im Kriege, falls er von den Imperialisten entfacht werden sollte.“

In Zukunft würde also ein Krieg, auch wenn er nach amerikanischer Ansicht, die Kissinger vertritt, wegen Berlin oder sonstwo nur „örtlich“ oder „begrenzt“ ausgelöst wird, stets unter Einsatz von Kernwaffen ausgetragen und sich damit unweigerlich zu einem umfassenden Weltkrieg entwickeln. Hier liegt aber für uns Deutsche die große Gefahr, nämlich in einem solchen Atomkrieg als strategischer Brückenkopf oder vorderster Schützengraben vollständig vernichtet zu werden. Die Alternative? Kampf dem Atomtod und Durchführung der Abrüstung, Beendigung des kalten Krieges und Herstellung eines echten Friedens — das sind die einzigen Möglichkeiten, um die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges abzuwenden.

Aktiver Widerstand?

Präses Wilm antwortet Landesbischof Lilje

In der letzten Nummer des KONGRESSDIENSTES hatten wir über eine befremdliche Äußerung des evangelischen Landesbischofs Lilje berichtet, der die Bevölkerung der DDR in einem Fernseh-Interview praktisch zum aktiven Widerstand gegen die dortige Regierung aufrief. Bischof Lilje ist mit dieser seiner Privatmeinung innerhalb der evangelischen Kirche auf heftige Ablehnung gestoßen. Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, D. Wilm, weist in dem hier wiedergegebenen Aufsatz auf die brüchigen Grundlagen der Ansicht Liljes hin.

D. Red.

Ich bin gebeten worden, meine Ansicht zu dem Abschnitt im Fernseh-Interview mit Bischof Lilje zu äußern, wo nach dem passiven Widerstandsrecht des Christen in der Ostzone gefragt wurde. Das ist keine leichte Aufgabe. Ich gehe nur zögernd an sie heran. Wäre doch auf jene Frage, die eine unguete Fangfrage war, wenigstens nur geantwortet worden: „Ich halte dafür, daß man diese Frage nicht stellen darf und werde darum nicht auf sie antworten.“

Zum andern wird es mir so schwer, sich zu dieser Sache zu äußern, weil die Antwort kein klares Ja oder Nein, sondern ein Ja und Nein war, so daß man sich hinterher fragt: Was ist denn nun eigentlich geantwortet worden? Aber ich muß nun zunächst die Frage des Journalisten und die Antwort von Bischof Lilje im Wortlaut wiedergeben:

Frage: „Sind Sie der Meinung, Herr Bischof, daß der Christ in der Sowjetzone heute schon in einer Situation ist, wo er nach theologischer Situation nicht nur ein passives, sondern auch ein aktives Widerstandsrecht hätte?“

Antwort: „Ich möchte meine Brüder drüben nicht gefährden, indem ich einfach sage: Ja. Aber denken tue ich es wohl. Es ist so, daß zunächst der Christ ja niemals an Gewalt und dergleichen denkt als Christ. Das ist seine Aufgabe nicht. Der Gegensatz im Grundsätzlichen ist so scharf, daß kein Mensch ihn überbrücken und auslöschen kann, und wir haben in der Diskussion zum Beispiel über die marxistische Lehre vom Menschen immer wieder

empfunden, daß an einer Stelle diese Dinge unvereinbar sind. Für den Christen ergibt sich freilich daraus nicht ohne weiteres die Folgerung des massiven, blutigen, gewaltsamen Widerstandes. Im Gegenteil. Er wird unter Wahrung seines Glaubensstandpunktes aushalten. Im übrigen würde ich praktisch im Augenblick niemandem den Rat geben, voreilig zu einer Flinte zu greifen. Das würde realpolitisch kein weiser Entschluß sein.“

Ich komme nochmal zu dem, was ich vorhin gesagt habe, daß die Antwort kein klares Ja oder Nein, sondern ein Ja und Nein ist. Schon die Aussage: „Ich will nicht einfach sagen: Ja. Aber denken tue ich es wohl“, ist nicht gut. Das „denken tue ich es wohl“, ist eben doch ein Ja, das zwar nicht ausgesprochen und doch ausgesprochen wird. Also heißt es in Wirklichkeit: Ich denke, daß der Christ in der Zone jetzt nicht nur ein passives, sondern auch ein aktives Widerstandsrecht hat. Aber dann heißt es nachher: „Der Christ denkt zunächst nicht an Gewalt. Das ist seine Aufgabe nicht.“ Aber — so geht es weiter — „der Gegensatz im Grundsätzlichen (das heißt doch wohl zwischen Christentum und dialektischem Marxismus) ist nicht zu überbrücken.“ Und dann wieder: „Für den Christen ergibt sich freilich daraus nicht ohne weiteres (was heißt hier: „nicht ohne weiteres?“) die Folgerung des massiven, blutigen, gewaltsamen Widerstandes. Im Gegenteil. Er wird unter Wahrung seines Glaubensstandpunktes aushalten.“ Und dann kommt dieser peinliche Satz: „Im übrigen

Lassen Sie uns zusammenstehen!

Offener Brief an Dr. Menzel

würde ich praktisch im Augenblick niemandem den Rat geben, zur Flinte zu greifen", darum so peinlich, weil in einer unheimlich ernsten und hochgeladenen Situation vom Widerstand so geredet wird, als wenn man wie im Jahr 1848 auf eine kleine Barrikade ginge und ein bißchen schösse. Als wenn es damit getan oder gelassen wäre, daß man „zur Flinte greift“ oder nicht. Das ist diese schreckliche Art, das Entsetzliche — denn es steht doch Krieg, Mord, Hinrichtung, Panzer, Atomkrieg und vieles mehr dahinter — so zu verniedlichen, als handle es sich um eine kleine Schießerei und um ein Revolutiönchen.

Aber zur Sache! Es bleibt bei allem genauen Hinhören auf das, was Bischof Lilje gesagt hat, nun eben doch stehen. Nach seiner Meinung hat der Christ in der Ostzone in der jetzigen Situation nicht nur ein passives, sondern ein aktives Widerstandsrecht, wenn man ihm auch im Augenblick nicht raten könne, „voreilig zur Flinte zu greifen“.

Und dazu kann ich nur sagen: Nein! Nein! Nein! Dieses durfte von einem Glied der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht gesagt werden, und dieses darf so nicht stehen bleiben! Es widerspricht allem, was wir sowohl in der Evangelischen Kirche der Union als auch in der Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands theologisch über die Existenz des Christen in einer atheistischen Umwelt und in einer kommunistischen Gesellschaft ausgesagt haben. Es macht dem Christen in den östlichen Ländern die Gemeinschaft mit uns, den Christen im Westen, unmöglich. Es mutet ihnen die Rolle einer Fünften Kolonne zu und kommt für einen Christen in der DDR nicht in Frage. Es erschwert den Brüdern und Schwestern in der Ostzone ihren Glaubenskampf und Gehorsamsweg unsagbar. Es hindert sie an der Liebe und am Dienst für ihre Mitmenschen. Es macht sie irre auf dem Weg in den Fußspuren des Gekreuzigten (1. Petrus 2). Es führt geradeaus und mitten hinein in die Kreuzzugsideologie, die in Westdeutschland so eifrig propagiert, aber von uns radikal abgelehnt wird. **Von einem aktiven Widerstandsrecht der Christen in der DDR zu reden, ist uns Christen in der Bundesrepublik nach meiner Meinung verboten.** Es im Fernsehen zu tun, ist uns erst recht verboten.

Mir geht es wahrhaftig um die Menschen in der Ostzone; ihr Schicksal liegt mir hart und schwer auf der Seele. Aber mir scheint, wir haben anderes zu tun, um ihnen zu helfen, als für sie das aktive Widerstandsrecht zu bejahen. Damit ist weder ihnen noch uns geholfen. Wir sollten hier bei uns zu einem aktiven Mittragen, Mitleiden, Mithelfen kommen; wir sollten uns täglich fragen lassen, ob wir dies oder das auch tun und sagen würden, wenn ein Bruder von drüben neben uns herginge. **Wir sollten für eine friedliche Lösung zur Wiedervereinigung eintreten und in dieser hochgespannten politischen Situation alle, aber auch alle Kräfte des Friedens zum Einsatz bringen und unseren Brüdern beistehen, wenn sie Gott mehr gehorchen als den Menschen und dafür leiden müssen.**

(Aus dem „Evangelischen Sonntagsblatt für Westfalen: Unsere Kirche“, vom 20. August 1961)

Herr Dr. Menzel, SPD-Abgeordneter im Bundestag, ist Vorsitzender des Zentralen Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“. Die völlige Untätigkeit dieses Arbeitsausschusses angesichts der ständig wachsenden atomaren Gefahr legte die Vermutung nahe, dieser Ausschuss werde sich in Kürze selbst auflösen. Nunmehr gab er wieder ein Lebenszeichen von sich; Dr. Menzel protestierte „im Namen aller Atomrüstungsgegner der Bundesrepublik“ gegen die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomversuche. Aus diesem Anlaß richtete die Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung an ihn einen offenen Brief.

D. Red.

Sehr geehrter Herr Dr. Menzel!

Anläßlich der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion haben Sie, wie aus der Tagespresse hervorgeht, im Namen aller Atomrüstungsgegner der Bundesrepublik ein Protestschreiben an die Regierung der UdSSR gerichtet. Da Sie sich, sehr geehrter Herr Dr. Menzel, somit auch zum Sprecher der in der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ vereinigten Atomrüstungsgegner gemacht haben, nehmen wir Veranlassung, Ihnen diesen offenen Brief zu schreiben.

Es ist eine deutsche Eigenart, Deutschland zwar als den Nabel der Welt zu betrachten, aber die Ursachen für eingetretene Katastrophen oder für gemachte Fehler immer außerhalb Deutschlands zu suchen. Auch das von Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Menzel, verfaßte Protestschreiben entspringt offenbar dieser Eigenart, die uns schon manche Kritik eingebracht hat.

Wir jedoch wollen es halten mit dem Matthäus-Evangelium, wo geschrieben steht:

„Zieh zuerst den Balken aus deinem Auge, und dann sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest!“

Der Balken in unserem Auge — in dem Auge der Atomwaffengegner — hat tatsächlich beträchtliches Format angenommen. Sicherlich ist in der Bundesrepublik seit dem Mahnwort der achtzehn Göttinger im Jahre 1957 einiges geschehen.

Wären aber unser aller Anstrengungen groß genug, um zu verhindern, daß im März 1958 die atomare Ausrüstung der Bundeswehr beschlossen wurde und nach und nach immer konkretere Form annahm?

Haben wir — die Atomwaffengegner der Bundesrepublik — verhindern können, daß die Generale der Bundeswehr und zahlreiche Militärpolitiker in Bonn nach Atomwaffen riefen und sie auch bekamen?

Haben wir durch unser Schweigen oder durch mangelnde Aufklärung nicht dazu beigetragen, daß die tiefgreifende Anti-Atomwaffenbewegung des Jahres 1958 im Sande verlief? Wie groß das schuldhaftige Schweigen gerade des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ ist, dessen Vorsitzender Sie, sehr geehrter Herr Dr. Menzel sind, wird daran erkennbar, daß Ihr jetziges Protestschreiben weithin Verwunderung auslöste, da man allgemein annahm, der Ausschuss „Kampf dem Atomtod“ existiere schon längst nicht mehr.

Bevor wir andere beschuldigen, sollten wir bei uns Bilanz ziehen:

Die von der Bundesregierung betriebene „Politik der Stärke“ und der NATO-Integration hat die Bundesrepublik zu einer der stärksten Militärmächte Westeuropas gemacht.

Die chauvinistischen Reden auf vielen politischen Kundgebungen und das Wiederauftauchen ehemaliger Nazigrößen in zahllosen Positionen des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Armee haben uns in Ost und West erneut den Ruf des Unruhestifters eingetragen.

Die Atomwaffengegner, die die „Politik der Stärke“ nicht wollen, waren nicht in der Lage, einen entscheidenden Einfluß auf die Politik unseres Landes auszuüben und verhinderten somit auch nicht, daß die Bundesrepublik ihr gerüttelt Maß Schuld für die heutige Zuspitzung der Situation auf sich lud.

Wir bedauern es zutiefst, daß die Sowjetunion es für notwendig erachtete, die Kernwaffenversuche, die sie im März 1958 als erste der drei Atomkräfte freiwillig einstellte, nun wieder aufzunehmen und daß die USA ebenfalls die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche beschloß.

Heuchler und Pharisäer aber sind alle jene, die durch ihren „militärischen Exhibitionismus“ (R. Augstein in „magnum“ Sonderheft 1961, Seite 48) mithelfen, den sowjetischen Beschluß heraufzubeschwören, und die jetzt als Ankläger der Sowjetunion auftreten.

Heuchler und Pharisäer sind auch jene Kreise in den USA und in den anderen NATO-Ländern, die seit Monaten die Wiederaufnahme der Atomversuche im Westen forderten, heute aber ohne Ansehen ihrer eigenen Schuld den ersten Stein auf die Sowjetunion werfen.

Heuchler und Pharisäer sind jene, die geschwiegen haben, als der NATO-Partner Frankreich nach eineinhalbjährigem vollkommenen Versuchsstop als erster mit neuen Versuchen begann und die jetzt die Sowjetunion mit Kritik überziehen.

Die westdeutsche Presse läßt uns allzuoft die folgenden Tatsachen vergessen: 1945 wurde die erste Atombombe in den USA gebaut. Im gleichen Jahr wurden zwei Atombomben nicht etwa in einer Wüste, sondern an zwei stark bevölkerten japanischen Städten ausprobiert.

Fortsetzung auf Seite 8

Protest in Schweden

Will Schweden Atomwaffen haben? Seit einiger Zeit hat diese Frage in Schweden lebhaft Diskussionen ausgelöst. Bisher hat sich die Mehrheit im Parlament noch gegen die atomare Ausrüstung der schwedischen Armee ausgesprochen. Diese Auseinandersetzung hat dazu geführt, daß sich auch in diesem Lande die Atomwaffengegner sammeln. Ebenso wie in Deutschland unterstützen auch in Schweden bekannte Geistesschaffende diese Bewegung.

Die erste größere Aktion, die von der schwedischen Bewegung „Kampanjen mot atomvapen“ durchgeführt wurde, war der Urviksmarsch gegen Atomwaffen am 23. und 24. September. Am Vormittag des 23. September sammelten sich am Mariatorget im Zen-

trum von Stockholm etwa 500 Marschteilnehmer. Unter ihnen war eine große Delegation aus Dänemark, Norweger, Amerikaner, Engländer, Griechen, Franzosen, Spanier, Finnen und Deutsche beteiligten sich ebenfalls.

Der Marsch bewegte sich durch das Stadtzentrum Stockholms, in die moderne Trabantenstadt Vällby; von dort nach der militärischen Atomforschungszentrale Urvik.

Zahlreiche Schilder und Spruchbänder wurden mitgeführt. Die Slogans lauteten: „Keine schwedischen Atombomben“; „Schluß mit den Versuchsexplosionen“; „Für internationales Kernwaffenverbot“; „Für Frieden und Verständigung mit allen Völkern“. Während des Marsches und an den Abenden des ersten und zweiten Ta-

ges wurde über internationale Probleme diskutiert. Besonders wir Deutschen wurden wiederholt über die innerdeutschen Spannungen befragt. Die politische Entwicklung in Deutschland wird auch in Schweden mit Besorgnis verfolgt; dennoch hat man erstaunt zur Kenntnis genommen, welche antidemokratische Entwicklung sich bei uns anbahnt, denn die schwedische Groschenpresse hat einen Teil der entstellten Presseberichte aus deutschen Zeitungen fast wörtlich übernommen. Während des Marsches erhöhte sich die Zahl der Demonstranten laufend. Der Ablauf des Protestmarsches verlief vorbildlich. Sicherlich auch deshalb, weil ein organisationserfahrener aktiver Offizier der schwedischen Armee — in Deutschland wäre so etwas unvorstellbar — die Organisationsleitung übernommen hatte.

In der Bevölkerung fand der Urviksmarsch große Beachtung. Lord Bertrand Russell und Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling und viele Organisationen gegen die Atomaufrüstung aus anderen Staaten erklärten sich mit dieser Aktion solidarisch. In Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde ausführlich und objektiv über den Protestmarsch berichtet.

Die „Kampanjen mot atomvapen“ in Schweden beweist wiederum, daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens und gegen die Atomwaffen nicht eine nationale, sondern eine große internationale Bewegung geworden ist.

H. Gröhne

-
- 1946 setzten die Amerikaner trotz weltweiter Proteste ihre Atombombenversuche fort.
 - 1949 beginnt die Sowjetunion mit atomaren Versuchsexplosionen.
 - 1952 beginnt Großbritannien mit diesen Versuchen.
 - 1952 am 16. November findet die erste amerikanische Wasserstoffbombenexplosion statt.
 - 1953 am 12. August explodiert die erste sowjetische H-Bombe.
 - 1958 im März stellt die Sowjetunion einseitig ihre Versuchsexplosionen ein.
 - 1958 im März beschließt der Bundestag die atomare Ausrüstung der Bundeswehr.
 - 1958 im Oktober beginnt die noch andauernde Drei-Mächte-Kernwaffenkonferenz in Genf, die von einer stillschweigenden Einstellung aller Kernwaffenversuche begleitet ist.
 - 1960 im Februar unterbricht Frankreich die Versuchsruhe und beginnt eine Serie von Atombombenversuchen.
 - 1961 am 31. August unterbricht auch die Sowjetunion die Versuchsruhe.
 - 1961 am 5. September unterbrechen ebenfalls die USA die Versuchsruhe.

Erneut wird somit die Atmosphäre vergiftet. Die „Aktionsgemeinschaft“ ist schmerzlich davon berührt, daß nach längerer Zeit der Versuchseinstellung die Versuchsexplosionen in Ost und West nun wieder aufgenommen wurden. Es bedeutet uns keinen Trost, daß wir unermüdlich vor diesem Verhängnis warnen, während andere schwiegen.

Der Ernst der Lage sollte dazu beitragen, nicht nur den Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ wieder zu beleben, sondern auch neue Kräfte gegen die Atomgefahren auf den Plan zu rufen.

Der Ernst der Lage sollte zu einer stärkeren Kommunikation aller Persönlichkeiten und Gruppierungen führen, die bisher nebeneinander oder gar gegeneinander gearbeitet haben.

Die Zeit ist gekommen, um bei uns in der Bundesrepublik die Voraussetzungen zu schaffen,

damit endlich diejenigen, die wirklich den Frieden retten wollen, in entscheidendem Maße die Politik beeinflussen,
damit wir endlich durch Taten des Friedens in den Augen der Völker der Welt unseren guten Willen unter Beweis stellen,
damit wir Deutschen endlich aus einem ständigen Unruheherd zu einem Faktor der Entspannung und der Versöhnung werden.

Wir appellieren daher an Sie, sehr geehrter Herr Dr. Menzel, als Vorsitzenden des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ und an alle jene, die sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens bewußt sind, sich mit ganzer Kraft für die Einigung der Atomrüstungsgegner einzusetzen und alle die, die bisher noch skeptisch abseits stehen, aufzurütteln,

um den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen zu erreichen,
um bei uns durch eine innerdeutsche Entspannung die Voraussetzungen zu schaffen

für den Abschluß eines Friedensvertrages aller ehemals kriegführenden Staaten mit Deutschland und
für weltweite Verhandlungen über eine allgemeine, vollständige Abrüstung.

Lassen Sie uns, sehr geehrter Herr Dr. Menzel, alle zusammenstehen, damit der Lebenswille den Atomtod besiege!

Mit vorzüglicher Hochachtung
das Büro des zentralen Arbeitsausschusses
der Aktionsgemeinschaft
gez. O. Vetter

Europamarsch am Ziel

Am 3. Oktober trafen die 29 Teilnehmer des amerikanisch-europäischen Friedensmarsches nach einem Weg von 10 000 km, für den sie ungefähr ein halbes Jahr benötigt hatten, an ihrem Ziel Moskau ein.

Die Gruppe wurde in der Sowjetunion herzlich empfangen. Sie verteilte in Moskau Flugblätter, in der sie sich für eine allgemeine, notfalls einseitige Abrüstung und gegen den Militärdienst aussprach.

Am 5. Oktober fand in der Moskauer Universität eine öffentliche Diskussion statt, auf der sich die Marschteilnehmer gegen atomare Versuchsexplosionen aussprachen.

Am nächsten Tag wurden 10 der Marschierer von Frau Nina Chruschowa zum Tee geladen und hatten Gelegenheit, ihre politischen Forderungen und Argumente vorzutragen.

In der „Frankfurter Rundschau“ schreibt S. Bernhard zu diesem Thema: Denkt man aber daran, daß man diese Leute in Bonn kurzerhand festsetzte, nachdem Polizisten sie daran gehindert hatten, wie nun in Moskau öffentlich zu demonstrieren und Flugblätter für Abrüstung und gegen Atombewaffnung zu verteilen, so muß man sagen, daß wir von den Russen in dieser Sache lernen könnten. Hätten die Leute in Bonn Humor und mehr Klugheit und versteckten sie das Wohlgefallen am Martialischen mehr unter dem Schafspelz der Duldung und Friedfertigkeit, dann hätte es der Ostblock schwerer, die Bundesrepublik als revanchelüsternen Störenfried hinzustellen und Skepsis gegen sie damit in der Welt auszulösen.

Die biologischen Wirkungen ionisierender Strahlen

Auszug aus dem Bericht der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten von Amerika (Bulletin Nr. 68—70).

Im Bericht der nationalen Akademie wurde am 12., 13. und 14. April über „die biologischen Wirkungen ionisierender Strahlen“ berichtet. Zugrunde lag die ins Deutsche übersetzte, ungekürzte Kurzfassung eines Berichtes des zuständigen Ausschusses der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Amerika aus dem Jahre 1960.

Die Kurzfassung dient der Information der Öffentlichkeit. Eine Langfassung, um die Fachwelt zu unterrichten, ist in der Schriftenreihe „Strahlenschutz“, veranlaßt durch den Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft, in deutscher Sprache veröffentlicht worden. Aus Raumgründen können wir nicht den vollständigen Wortlaut bringen. Wir haben deshalb unser Büromitglied, Frau Dr. Brett-Rathjens, gebeten, einen, zum Teil kommentierten, Auszug aus der vorliegenden Kurzfassung zusammenzustellen. Frau Dr. med. Brett-Rathjens hat im Krogredienst („Die Opfer, wie leben sie heute?“ K.-D. Nov./Dez. 1959 Nr. 13) über die Wirkung der Radioaktivität auf den Menschen berichtet.

Unter ionisierenden Strahlen versteht man sehr kurzwellige elektromagnetische Strahlen, wie z. B. Röntgen- und Gammastrahlen oder Korpuskularstrahlen, wie z. B. Alpha- oder Beta-Teilchen und Elektronen. Kenntnisse über die biologischen Wirkungen solcher Strahlen werden notwendigerweise ständig weiter erforscht. Dies geschieht gegenwärtig mit großem Aufwand. Wie aus dem Folgenden hervorgehoben wird, sind wir jedoch bis heute noch weit entfernt von einer wissenschaftlichem und finanziellem auch nur annähernden Vollständigkeit der Kenntnisse über biologische Wirkungen.

Das zunehmende Interesse der Öffentlichkeit beruht nicht mehr allein auf den Vorstellungen, wie sie durch entsetzliche Vernichtungen und Schädigungen durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki entstanden sind — Vorkommnisse, die durchaus weitere Aufklärungen über biologische Veränderungen brachten —, sondern auch auf der ständig zunehmenden Anwendung ionisierender Strahlen auf friedlichen Sektoren.

Um Verfahren auf sicherer wissenschaftlicher Grundlage empfehlen zu können, sind Kenntnisse erforderlich, die nur durch weitere Forschungsarbeiten gewonnen werden können. Auf einigen Gebieten kann man durch vermehrte Anstrengungen in der Forschung zu schnelleren Ergebnissen gelangen, während auf anderen ein Fortschritt nur mit der Zeit möglich sein wird.

Die stetige Anhäufung wissenschaftlicher Informationen seit 1956 hat keine neuen Tatsachen ergeben, die eine grundlegende Revision früherer Empfehlungen erfordern würden. In den vorliegenden Berichten werden vor allem die zukünftigen Ziele und die zu ihrer Erreichung nötigen Forschungsprogramme behandelt.

Die hier vorliegende gekürzte Fassung zeigt z. T. kommentierte Auszüge aus den Berichten des Ausschusses: Genetische Wirkungen, Pathologische Wirkungen, Meteorologische Gesichtspunkte, Landwirtschaft und Ernährung, Beseitigung und Lagerung von radioaktiven Abfällen, Ozeanographie und Fischerei. Schon die Angabe dieses Titel macht deutlich, daß alle Lebensbereiche in unserem sogenannten Atomzeitalter betroffen sind. Zu vermeiden, zu bekämpfen ist nur, daß der

Mensch dieser dem menschlichen Geist liegt. Das heißt: die angebahnte nukleare wissenschaftliche Entwicklung ist nicht aufhaltbar; vordringliche Aufgabe ist, Anwendung und Ausbau nuklearer Vernichtungswaffen grundsätzlich zu verhindern.

Genetische Wirkungen

Bei der Ausnutzung der Kernenergie hat sich deutlich gezeigt, daß die künstliche ionisierende Strahlung eine dauernde zusätzliche Gefahrenquelle für die menschliche Existenz und Gesundheit darstellt.

Die Genetiker haben die schwere Verantwortung, eine möglichst genaue Abschätzung der durch geringe Strahlenbelastungen zu erwartenden genetischen Schäden vorzunehmen.

Es ist in mancher Hinsicht schwieriger, die Strahlengefährdung des Menschen abzuschätzen, als es 1956 schien. Zum Beispiel hatte man damals angenommen, daß der genetische Gesamteffekt ohne Rücksicht auf die Dosisleistung konstant sei. Inzwischen stellte sich jedoch heraus, daß dies für Spermatozoen und Oozyten, die wichtigsten Zellstadien hinsichtlich der Gefährdung des Menschen, nicht zutrifft.

Männliche und weibliche Keimzellen. Genetische Mutationen: Auf die Erbmasse weiter vererbare Einwirkungen.

Die Ergebnisse der Untersuchung beschäftigen sich zunächst mit den Versuchen an Mäusen. Aber auch die Untersuchung von Kindern Überlebender aus Hiroshima und Nagasaki beweist, daß eine Änderung des Geschlechtsverhältnisses durch Strahlenbelastung erwogen werden muß.

Weitere Untersuchungen an Kindern von Überlebenden der Kernwaffenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki und an anderen Kindern, deren Eltern aus medizinischen oder anderen Gründen einer Strahlenbelastung ausgesetzt waren, lassen vermuten, daß sich das Geschlechtsverhältnis bei diesen Kindern geringfügig, aber signifikant verändert hat. Diese Veränderung kann das Ergebnis strahleninduzierter Mutationen sein, die sich auf die pränatale Lebensfähigkeit auswirken. Da das Geschlechtsverhältnis jedoch von vielen anderen Faktoren beeinflußt werden kann, muß dieser Befund mit Zurückhaltung beurteilt werden. In Anbetracht der Zunahme des fallout in der letzten Zeit, der hauptsächlich

von den Atomversuchen des Jahres 1958 herrührt (und natürlich allmählich zurückgehen wird, wenn die atmosphärischen Versuche nicht wieder aufgenommen werden), und angesichts der Tatsache, daß der Anteil an Kohlenstoff-14 im vorigen Bericht nicht berücksichtigt wurde, sind die Schätzwerte der Strahlenbelastung durch den fallout angestiegen. Andererseits stützen sich die früheren Schätzungen der genetischen Schäden durch fallout auf Daten akuter und nicht chronischer Bestrahlung. Das bedeutet, daß die Wirkung einer bestimmten Belastung durch fallout oder einer anderen Strahlung mit niedriger Dosisleistung geringer sein kann, als früher angenommen wurde. Es muß jedoch betont werden, daß sich die Schätzungen der menschlichen Gefährdung noch immer weitgehend auf Versuchsergebnisse an Mäusen stützen.

Der Ausschuß hat seine früheren Empfehlungen erneut überprüft, weil sich ergeben hat, daß die genetischen Effekte pro Strahlendosisleistung bei niedriger Dosisleistung geringer sein könnten als bisher angenommen. Daraus dürfte man mit einiger Sicherheit den Schluß ziehen können, daß die Abschätzungen der durch fallout und andere Strahlenbelastung ähnlich geringer Intensität hervorgerufenen genetischen Wirkungen jetzt auf Mutationsraten basiert werden sollten, die mindestens so niedrig sind wie die durch chronische Bestrahlung an Mäusen gefundenen.

Den Ärzten und Zahnärzten wird empfohlen, die diagnostische und therapeutische Strahlenbelastung auch weiterhin auf das mit der medizinischen Behandlung zu vereinende Mindestmaß zu beschränken. Gleichzeitig sollte darauf gedrungen werden, die medizinischen, statistischen und sonstigen Aufzeichnungen einschließlich der Angaben über Strahlenbelastung so zu verbessern, daß sie für Untersuchungen der genetischen und sonstigen Strahlenwirkungen sowie für Studien der menschlichen Genetik ganz allgemein geeigneter sind.

Weitere Forschungen über Mutagenese dürfen sich nicht auf Strahlung beschränken. Der heutige Mensch ist einer überaus komplexen Umwelt ausgesetzt, und viele der ihn umgebenden Einflüsse können auf eine Mutation hinwirken. Dazu gehören Industrieabwässer, Nahrungsmittelzusätze, Arzneimittel, Antibiotika, Hormone, Kosmetika und empfängnisverhütende Mittel. Chemische Mutagene (oder Antimutagene) sind von besonderem Interesse, seit neuere Untersuchungen vermuten lassen, daß Strahlung sich durch chemische Produkte auswirken kann. Der Ausschuß empfiehlt dringend, die Bemühungen auf dem Gebiet der genetischen Grundlagenforschung zu verstärken. Alle Methoden der modernen Chemie müssen benutzt werden, um unser Wissen über das genetische Material und seine Reaktionen zu erweitern. Viren, Bakterien, Pilze, Algen und Protozoen müssen ebenso wie höher entwickelte Pflanzen- und Tierarten untersucht werden.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Amerikanisch-sowjetische Erklärung zum Abrüstungsproblem

Die USA und die Sowjetunion haben der UNO eine gemeinsame Abrüstungserklärung vorgelegt. Diese Erklärung ist das Ergebnis von Besprechungen zwischen Mr. McCloy, dem Leiter des Abrüstungsamtes im US-Außenministerium, und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin. Nach dem vor einiger Zeit erfolgten Abbruch der festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen schien eine derartige Einigung zunächst in weite Ferne gerückt. Um so überraschender ist es, daß die Gespräche zwischen McCloy und Sorin schon nach der verhältnismäßig kurzen Zeit von 3

Monaten zu einem ersten Erfolg geführt haben.

Die „gemeinsame Erklärung über gebilligte Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen“ ist von der Weltöffentlichkeit in Ost und West einhellig als ein Zeichen des Fortschritts begrüßt worden. Zwar kann nicht verkannt werden, daß der Weg von einer derartigen allgemeinen Erklärung zu konkreteren Übereinkommen oder zu faktischen Abrüstungsmaßnahmen noch weit ist; die Einigung über die tragenden Grundsätze ist aber eine notwendige Voraussetzung jedes weiteren Schrittes. D. Red.

Die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unterzeichnete gemeinsame Erklärung über die Grundsätze, die in Zukunft bei den Abrüstungsverhandlungen angewendet werden sollen, führt folgende Punkte auf:

1. Ziel der Verhandlungen ist ein Abkommen über ein Programm, das garantieren soll, daß a) die Abrüstung allgemein und vollständig ist und daß der Krieg kein Mittel mehr für die Lösung internationaler Probleme ist; b) eine solche Abrüstung ist von der Aufstellung eines sicheren Verfahrens zur friedlichen Lösung von Streitfragen sowie wirksamer Bestimmungen zur Aufrechterhaltung des Friedens in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinigten Nationen begleitet.
2. Das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung wird garantieren, daß die Staaten zu ihrer Verfügung nur gemeinsam vereinbarte nichtnukleare Waffen, Streitkräfte, Einrichtungen und Ausstattungen haben werden, die für die Aufrechterhaltung ihrer inneren Ordnung und den Schutz der persönlichen Sicherheit der Staatsangehörigen erforderlich sind. Ferner werden die Staaten eine Streitkraft der Vereinigten Nationen für den Frieden unterstützen und mit Personal beliefern.
3. Zu diesem Zweck wird das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung die notwendigen Bestimmungen enthalten über:
 - a) die Demobilisierung der Streitkräfte, die Schließung der militärischen Einrichtungen einschließlich der Stützpunkte, die Einstellung der Rüstungsproduktion sowie deren Liquidation oder Umwandlung zu friedlichen Zwecken;
 - b) die Beseitigung aller Lager an Kernwaffen, an chemischen sowie bakteriologischen und aller anderen Massenzerstörungswaffen sowie die Einstellung der Herstellung solcher Waffen;
 - c) die Beseitigung aller Transportmittel zur Beförderung von Massenzerstörungswaffen;
 - d) die Abschaffung der Organisationen und Institutionen zur Errichtung der Militärmacht der Staaten, die Einstellung des Militärsdienstes und die Schließung aller Militärausbildungsanstalten;
 - e) die Einstellung der Militärausgaben.
4. Das Abrüstungsprogramm sollte nach einem gemeinsam vereinbarten Plan etappenweise in Kraft gesetzt werden, bis es vollständig ausgeführt sein wird, wobei jede Maßnahme und jede Etappe innert einer bestimmten Frist ergriffen, bzw. zurückgelegt werden soll. Der Übergang zu einer nächsten Etappe im Abrüstungsverfahren sollte erst nach der Prüfung der Inkraftsetzung der in der vorangegangenen Etappe vorgesehenen Maßnahmen und erst dann stattfinden, wenn endgültig festgestellt worden ist, daß alle diese Maßnahmen angewendet und überprüft worden sind und daß alle zusätzlichen Kontrollbestimmungen, die für die nächste Etappe vorgesehen sind, zur gegebenen Zeit auch tatsächlich zur Anwendung gelangen können.
5. Alle Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollten so ausgeglichen sein, daß in keiner Phase der Anwendung des Vertrags ein Staat oder eine Staatengruppe sich militärische Vorteile sichern könne und daß die Sicherheit aller garantiert sei.
6. Alle Abrüstungsmaßnahmen sollten von Anfang bis Ende unter einer genügend strikten und wirksamen internationalen Kontrolle ausgeführt werden, damit garantiert wird, daß alle Parteien ihre Verpflichtungen erfüllen. Während und nach der Inkraftsetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollte die eingehendste Kontrolle durchgeführt werden. Die Art dieser Kontrolle wird von den Erfordernissen der Überprüfung der bei jeder Etappe durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen abhängen. Um die Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen im Rahmen der Abrüstung anzuwenden, sollte im Schoße der UN ein internationales Abrüstungsorgan geschaffen werden, dem alle Unterzeichner des Abkommens angehören sollten. Dieses internationale Abrüstungsorgan und dessen Inspektoren sollten überall und ohne Veto eine wirksame Kontrolle uneingeschränkt ausüben können.
7. Die fortschreitende Abrüstung sollte von Maßnahmen begleitet sein, die die für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Lösung der internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln bestehenden Institutionen stärken sollen. Während und nach der Inkraftsetzung des Programmes für die allgemeine und vollständige Abrüstung sollten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UN-Charta Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit ergriffen werden, die auch die Verpflichtung für die Staaten einschließen sollten, der UN das für die Schaffung einer internationalen Streitkraft notwendige Personal sowie gemeinsam vereinbarte Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen. Die Bestimmungen über die Verwendung dieser Truppen sollten garantieren, daß die Vereinten Nationen in der Tat in der Lage sind, jeder Drohung oder Verwendung von Waffen in Verletzung der Ziele und der Grundsätze der UN vorzubeugen oder sie auszuschalten.
8. Die Staaten, die an den Verhandlungen teilnehmen, sollten sich um ein Abkommen bemühen, das so umfassend wie möglich und so bald wie möglich abgeschlossen werden sollte. Anstrengungen sollten ohne Unterbrechung bis zum Abschluß eines Abkommens über das gesamte Programm gemacht werden. Ferner sollten auch Anstrengungen im Hinblick auf ein Abkommen und eine rasche Anwendung von Abrüstungsmaßnahmen unternommen werden, unabhängig von den Fortschritten auf dem Weg zu einer vollständigen Abrüstung, und zwar so, daß diese Maßnahmen das Gesamtprogramm erleichtern sollen und in es eingebaut werden können.

Neue Zürcher Zeitung v. 22. IX. 61

Wichtiges IN KÜRZE

Bundespräsident Lübke sagte in einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, der Soldat der Bundeswehr könne durchaus einmal in die Lage kommen, gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen. „Menschen mit einer festen inneren Bindung an die politische Idee der westlichen Welt“ würden jedoch mit diesem Gewissenskonflikt fertig werden. Einen Krieg gegen die DDR verglich er mit dem Einschreiten der Polizei gegen Rechtsbrecher im Innern des Staates.

*

Der Bundesvorstand der Deutschen Friedens-Union beschloß, die Arbeit der Partei verstärkt fortzusetzen, zumal sich die Politik der DFU gerade in den letzten Wochen als die für die Bundesrepublik einzig vernünftige und erfolgversprechende erwiesen habe.

*

Der spanische Staatschef Franco forderte von den Vereinigten Staaten, auch der spanischen Armee Atomwaffen zu übergeben.

*

Prof. Pauling in Deutschland

Prof. Linus Pauling, der bekannte amerikanische Nobelpreisträger, unternahm im September eine Reise durch die Bundesrepublik und sprach auf Einladung der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) auf Kundgebungen u. a. in Hamburg, Essen und Bottrop vor Tausenden von Zuhörern.

Prof. Pauling hat in einem Brief an Ministerpräsident Chruschtschow scharf gegen die Wiederaufnahme der atomaren Versuchsexplosionen protestiert. In seinen Ansprachen in der Bundesrepublik wies er auf die befremdliche Tatsache hin, daß keine westdeutsche Zeitung es für nötig gehalten habe, diesen Brief zu veröffentlichen.

In seinen Reden setzte sich Pauling für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung ein. Er forderte alle Atomwaffengegner auf, zusammenzustehen und gemeinsame Protestaktionen, vor allem gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands, zu unternehmen.

Prof. Pauling sprach sich für den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus. Er erklärte:

„Es ist höchste Zeit, daß 16 Jahre nach Kriegsende ein Friedensvertrag abgeschlossen wird. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Russen ein mit Atomwaffen ausgestattetes Deutschland fürchten und die Amerikaner ein ausgerüstetes Deutschland haben wollen.“

Wir Amerikaner haben Deutschland mit Militärmacht ausgestattet. Westdeutsche Soldaten werden derzeit in der Handhabung von Raketen geschult, die mit Ersatz-Atombomben ausgerüstet sind. Wann werden diese Raketen mit wirklichen Atombomben versehen werden?

Die erforderlichen Bomben lagern bereits in Westdeutschland.“

Ehrfurcht vor dem Leben

Am 6. August, dem Jahrestag des Abwurfs der ersten Atombombe auf Hiroshima, veranstaltete der Arbeitskreis „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ an zahlreichen Orten Gedenkkundgebungen.

Auf der Kundgebung in Düsseldorf sprachen Pfarrer Karwehl, Rechtsanwalt Hannover und der bekannte Schriftsteller Stefan Andres.

Die Rede von Stefan Andres, die ein bemerkenswertes Dokument christlicher Humanität darstellt, geben wir hiermit geringfügig gekürzt wieder. D. Red.

Bürgerinnen, Bürger dieser Stadt Düsseldorf, liebe Freunde. Sie sind hier erschienen, um den 6. August 1945 zu ehren, den Tag von Hiroshima. An diesem Tag erlebte unsere Menschheitstragödie einen Aktschluß. Wir wissen nun: Die bisherige Geschichte ist mit der Bombe auf Hiroshima zu Ende. Aber wir wissen nicht, der wievielte Akt unserer Tragödie es war, der mit dem Feuerzeichen über Hiroshima schloß.

Nur soviel steht fest; noch ein weiterer Aktschluß dieser Art, und das Spiel ist aus. Sie, liebe Zuhörer, wissen, daß ich nicht übertreibe, sonst wären Sie nicht heute Abend hergekommen. Und müssen wir uns nicht wirklich ängstigen, wenn wir sehen, wie wenige sich heute in dieser Stadt, in unserem Volk, in der ganzen Welt eines solchen Tages erinnern, erinnern wollen? Erinnern wir uns also! Erinnern wir uns gewissermaßen stellvertretend für die Millionen und Abermillionen, die die Bomben aus ihrer Erinnerung verdrängen oder sie verharmlosen, oder, was das Schrecklichste ist, sie als notwendige und sittlich erlaubte Waffe ansehen und verteidigen. Ja, erinnern wir uns stellvertretend, auch wenn unsere Erinnerung keine politisch positiven Folgen haben sollte. Es geht hier gar nicht zuerst Politik, sondern um die Wahrheit, um die Erkenntnis unserer geschichtlichen Wirklichkeit, unserer menschlichen Existenz, um die Frage nämlich, kann man die Bombe „bejahen und weiterhin noch Mensch sein, das heißt: ein Wesen, das alle Zwecke in den letzten münden läßt, alle Ziele mit dem Letzten begründen muß; kann man Mensch sein, d. h. ein Wesen, das sich heute feierlich und öffentlich zu den absoluten Ideen, von den absoluten Ideen führen läßt, von der Idee des Guten, des Wahren, der Freiheit, ja sogar der Liebe und Gewaltlosigkeit, und das dann morgen ebenso feierlich und öffentlich diese Ideen, die immer und in jedem Falle verpflichtend sind, feige verleugnet, ja feierlich und öffentlich verrät. Kann man Christ sein, kann man das Kreuz, das Zeichen des Leidens und der Gewaltlosigkeit verehren und gleichzeitig zum Schwert, zur Bombe greifen? Erinnern wir uns darum stellvertretend um der Wahrheit willen, was geschah am 6. August 1945. Die amerikanische Kriegsführung hatte endlich die neue Waffe in der Hand. Sie wollte unter allen Umständen, sie sollte unter allen Umständen getestet werden, noch in den letzten Kriegstagen, an zwei sorgsam ausgesuchten japanischen Städten, und zwar ohne jede Vorwarnung. Es wäre durchaus möglich gewesen, den Japanern die Gewalt der Bombe auf jede andere Weise vorzuführen. Aber die amerikanische Kriegsführung hatte beschlos-

sen, zwei große Städte mit allen Menschen und allem Vieh der Wissenschaft des Krieges zu opfern. Man nahm mit der Bombe eine Vivisektion vor, die angeblich dem Frieden nutzen sollte. In Wirklichkeit wollte man die ersten Erfahrungen im Umgang mit dem Megatod sammeln. So wurde denn Hiroshima und Nagasaki, alles was in ihnen lebte, im Bruchteil eines Atemzuges zerdrückt, zerpulvert, verbrannt. Was noch am Leben war, kroch wie ein zertretener Wurm umher oder starb in den nächsten Jahrzehnten, vor den Augen der Welt wie Aussätze verborgen, den Strahlentod. Während nun Hitlers angeblich kriegsbedingten Vernichtungsaktionen heute fast allgemein juristisch und ethisch richtig bewertet werden, führt man die angeblich kriegsbedingten Vernichtungsaktionen gegen die beiden japanischen Städte unter dem Sammelbegriff Bombenkrieg. Und eine völkerrechtliche und ethische Beurteilung stellt man erst gar nicht an. Die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki haben, so entschuldigt man sich, manchem braven amerikanischen Soldaten das Leben gerettet. Daß die damalige Kriegsführung über andere und vom herrschenden Kriegsrecht erlaubte Mittel verfügte, um den Krieg gegen Japan zu beendigen, darüber wird nicht gesprochen.

Verstehen Sie mich, liebe Freunde, um Gottes Willen richtig. Ich treibe hier keine Völkerverhetzung, ich erinnere mich bloß und ich will mich richtig erinnern. Es stellt sich dabei heraus, daß die Bombe vom ersten Augenblick an, da sie da war, den Geist verblendete, das Gemüt zur Grausamkeit verhärtete und das menschliche Handeln abartig machte und einer perversen Zwangsläufigkeit unterwarf. Die Bombe veränderte die Welt, zuerst aber den Menschen.

Was sagen Sie von jener Gruppe von Uniformierten, die im August 1945 um die B 29 standen? Die Bombe für Hiroshima war gerade in die Maschine verladen worden. Was taten diese Menschen? Ob sie es glauben oder nicht, sie beteten, an ihrer Spitze ein christlicher Geistlicher. Ich will ihnen die Worte dieses Heils-Gottes-Funktionärs, die er unmittelbar an den Allmächtigen Vater richtete, von dem man sich bereits geliebt und erhört fühlte, nicht wiedergeben. Einen Satz jedoch muß ich zitieren. In ihm drückt sich die diabolische, also die lügnische Verwirrung, die die Bombe in den Geistern schafft, erschreckend offen aus. Der Atomdiener, ich kann ihn wirklich nicht Gottesdiener nennen, betete also: „Mögen sie (nämlich die über Hiroshima aufsteigenden Flieger), so wie wir, von deiner Kraft und deiner Macht wissen.“ Falls sich dieses Gebet nicht den Gesetzen jeder Sprachlogik entzieht, wird damit ausgedrückt: Die Kraft und die Macht in den Atom-

bomben ist die Kraft und die Macht Gottes. Und da Gott sich seine Macht und Kraft doch wohl nicht einfach stehlen läßt, sondern sie immer selbst ganz besitzt und nach seinem Willen lenkt, wirkt sich in diesen Bomben, da gibt es kein Ausweichen, der göttliche Wille aus.

Wenn aber nun eines Tages auch die Russen und Chinesen diese Kraft und Macht Gottes auf einer Rakete verfrachten und sie zu uns herüberschicken, was dann? Wir sehen: selbst ein Gebet, das sich der Bombe allzu schafsnäsig nähert, wird zum Blödsinn, oder, das ist allerdings schlimmer, zu einer ausgewachsenen Gotteslästerung. Und nicht nur Atomgebete, sondern jeder theologische Gedanke, der sich dieser Bombe in unterhändlerischer Absicht nähert, verfällt sofort in schlimmste Häresie. Denn wieso ist in einer Maschine Gottes Kraft und Macht enthalten? Gott hat Himmel und Erde erschaffen, die Natur, die sichtbare und die unsichtbare Welt. Und er hat den Menschen seinen Geist verliehen, sich die Erde, also die Natur, zu unterwerfen, sich dienstbar zu machen. Wer aber in einer Maschine Gottes Kraft und Macht unmittelbar erblickt, der setzt Gott mit der Natur gleich. Damit wäre Gott schlechthin zum Dynamo und Machtpotential des menschlichen Geistes entwürdigt. Bisher haben alle Universalreligionen uns einen sehr anderen Gott gelehrt, vor allem einen Gott, der souverän über der Natur steht, aber ebenso, und diese Wahrheit scheint für uns sehr wichtig geworden zu sein, souverän über den Völkern und sogar über den Religionen.

Aber, liebe Freunde, ist nicht gerade dieses allein heilige Bild eines universal über allen Völker herrschenden und sie verbindenden Gottes im Schatten der Bombe verlorengegangen? **Die heute verantwortlichen, also die Geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, haben sich angesichts der Bombe nicht darum bemüht, diesen Glauben an das heilig Gemeinsame aller Menschen zu mehren und zu stärken. Sie haben nicht versucht, die Vernunft des Einzelnen vor dem Unsinn des Massenmordens zu mobilisieren, sie haben nicht den sittlichen Abscheu vor dem schlechthin Höllischen in der Bombe erweckt. Sie haben nie ein Wort des so naheliegenden Grausens gehabt für diesen einfach unvorstellbaren Angriff auf das Leben. Sie haben geschwiegen und mit ihrem Schweigen die Bombe als sittlich erlaubte Waffe gebilligt und akzeptiert, und schließlich: sie haben es nicht nur mit Schweigen getan, sondern mit dem offensten Wort und schließlich mit der Tat.**

Die Wissenschaft, d. h. einzelne Atomphysiker, Menschen wie wir, wenigstens von außen her gesehen, haben die Bombe inzwischen weiterentwickelt. Auf die Plutoniumbombe von Hiroshima folgte die H-Bombe, davon eine einzige die Vernichtungskraft aller im letzten Weltkrieg geworfenen Bomben besitzt. Und dann kam die Kobaltbombe, die Neutronenbombe ist in Vorbereitung, sie wird sogar den Besitz schonen, in dem sie nur das Leben vernichtet. Ja, nur das Leben. Die

Die Schlacht am Trafalgar Square

15 000 Menschen demonstrierten am 17. September auf dem Trafalgar Square in London gegen den Atomkrieg. Zu dieser gewaltigen Protestaktion hatte das „Committee of 100“ unter Earl Bertrand Russell aufgerufen.

Die Demonstration ist von der Presse „die Schlacht am Trafalgar Square“ getauft worden; denn sie war eine Kraftprobe zwischen der britischen Regierung und den Atomrüstungsgegnern. Es gehört zur Taktik des von Earl Russell geführten Komitees, bewußt den zivilen Ungehorsam, d. h. formell betrachtete Gesetzesübertretungen, zum Kampfmittel zu machen. Die britische Regierung fühlte sich bisher so sicher, daß sie bis vor kurzem nicht daran dachte, die Anti-Atom-Bewegung mit aller Härte zu bekämpfen. Das Anwachsen dieser Bewegung hat sie nunmehr dazu veranlaßt.

Der Aufruf des „Committee of 100“ wurde, nachdem die Kundgebung und der Sitzstreik von der Polizei im Einvernehmen mit der Regierung untersagt worden war, von der Regierung als strafbare Handlung bezeichnet. Russell und die anderen Veranstalter wurden vor Gericht gestellt und, als sie sich weigerten, die Kundgebung abzusagen, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Daß ein Mann wie Earl Russell, der 89 Jahre alt ist, nun wegen einer derartigen Übertretung ins Gefängnis gesteckt wurde, war empörend genug. Die britische Presse reagierte außerordentlich scharf. Russell selbst nahm die Sache mit Humor.

Es zeigte sich bald, daß der britischen Regierung nichts weniger gelungen

war, als etwa die Demonstration im Keim zu ersticken. 15 000 Menschen folgten dem Aufruf. Ein Polizeiaufgebot von 4000 Mann, das Anweisung hatte, die Demonstration so rasch wie möglich zu zerstreuen, war trotz über 1300 Verhaftungen nicht in der Lage sich durchzusetzen, obwohl niemand der Gewalt Widerstand leistete.

Rundfunk und Fernsehen, die in England nicht direkt regierungsgesteuert sind, brachten ausführliche Direktreportagen; am nächsten Tage beherrschte die Demonstration die Schlagzeilen sämtlicher Zeitungen. Damit ist auch die Frage beantwortet, wer die Schlacht am Trafalgar Square gewonnen hat. Die Anti-Atom-Bewegung hatte erneut die Mauer des Schweigens durchbrochen.

*

Würzburg wehrt sich wieder

Uns geht es um den Heuchelhof, eines der schönsten Vorstadtelände der Stadt Würzburg, der Perle Deutschlands am Main. Bekanntlich wurde Würzburg kurz vor Kriegsende durch die Amerikaner so bombardiert, daß es mit einem Schlag die meist zerstörte (90 %) Stadt Deutschlands wurde. Daß diese Stunden des Schreckens und Entsetzens noch nicht vergessen sind — weite Ruinenflächen erinnern noch heute, trotz schier unglaublich zähem Aufbaustreben überall — ist nur zu begreiflich. Vor etwa 1/2 Jahr wurde das Gelände „am Schenkenturm“, allem Widerspruch der Bevölkerung zu Trotz, Opfer des Molochs Wiederbewaffnung. Und nun erfährt die Stadt mit ihrer Umgebung, daß das gleiche Unternehmen seine Pranken nach dem Heuchelhof, dem 211 ha großen wunderherrlichen Stadtrand-

gebiet ausstreckt, dem Gebiet, das die Stadt erst vor etlichen Jahren um den Preis von rd. 14 Millionen DM ankaufte, weil sie es in den Wiederaufbau- bzw. Neubesiedlungsstadtplan einbeziehen will. Über 20 000 Menschen sollten dort nach der Planung Heim und Unterkommen finden.

Da nun die üble Absicht stadtbekannt wird, den Heuchelhof für eine Raketenbasis, ein Munitionsdepot und Kasernen für ein Panzergrenadierbataillon zu verwenden, brandet ein einstimmiger Ruf der Entrüstung durch die Stadt: „Das darf nicht, darf nicht werden, nie!“ Das Wille und Begeh der Bevölkerung. Strauß aber soll mitgeteilt haben, daß das Heuchelhofgelände für die Wehrplanungen unbedingt erforderlich sei. E. H.

*

Protest gegen Bundeswehrflugplatz

Die 183 Einwohner der Gemeinde Rehbach (Kreis Kreuznach) wollen in den Hungerstreik treten, wenn die Bundeswehr am 1. November den Flugbetrieb auf dem Flughafen Pferdsfeld aufnehmen sollte. Der kleine, aus 21 Gehöften bestehende Ort liegt genau am Ende der Startbahn und würde von den Düsenmaschinen in einer Höhe von nur 80 bis 100 Metern überfliegen werden.

Wie der Sprecher des Ortes, der 34-jährige Kaufmann Paul Rudolf Nicolay, erklärte, sind alle Eingaben und Bittschriften der Einwohner bisher zurückgewiesen worden. „Wir sind keine Rebellen, aber der Zustand nach Eröffnung des Flugplatzes wäre einfach unhaltbar. Deshalb werden wir alle legalen Kampfmaßnahmen ergreifen und notfalls auch in den Hungerstreik treten“, sagte er.

*

Die Münchener Zeitung „Contra“ gewann einen Prozeß, den Bundesverteidigungsminister Strauß wegen Beleidigung gegen sie angestrengt hatte.

Fortsetzung von Seite 11

Politiker greifen endlich in einer wirklich einmütigen internationalen Übereinstimmung allesamt nach der Bombe. Frankreich hat sie nun, seine „grandeur“ ist gerettet, Israel wird sie in Kürze haben, die Schweiz will sie zum Schutze ihrer Neutralität besitzen. **Der deutsche Bundeskanzler fordert neuerdings ganz offen die Bombe, weil er Deutschland nicht zu einem Volk, hören Sie, zweiter Klasse entwürdigt haben will.** China wird sie selbst entwickeln, und die Zeit, daß sie in die Entwicklungsländer zur Behebung nationaler Minderwertigkeitsgefühle geliefert wird und ebenso zur Stabilisierung des abgeschwächten Friedens, diese Zeit wird nahe sein, falls die Zeit für uns nicht schon vorher einfach aufgehört hat. Und die Bombe hätte damit bereits, bevor sie zum zweiten Mal eingesetzt wird, ihre Wirkung auf den Geist der Menschen getan. Er ist atomisiert, idiotisiert, diabolisiert. Die Väter der Bombe aber und jene Politiker, die im Glauben sind, mit ihr das Zueinander der Völker ordnen zu können, lehnen bis auf wenige Ausnahmen jede ethische Verantwortung ab. Sie betrachten die Bombe als ein Produkt des Technischen Fortschrittes, der, wie sie glauben, seinen Ethos in sich selber habe. Sie

rechnen sie zu den konventionellen Waffen, deren Anwendung in einem gerechten Kriege sogar, man höre und staune, von den Moraltheologen approbiert worden ist. Und sie reden sich im übrigen mit einem schon frevelhaften Leichtsinne ein, daß die Bomben ja nur zur Abschreckung dienen. **In dieser wahrhaft endzeitlichen Bedrohung des Menschengeschlechtes wenden wir, vom Feuerzeichen über Hiroshima geweckt, unsere besorgte und leidenschaftliche Aufmerksamkeit auf die wenigen rettenden Möglichkeiten, die uns noch geblieben sind. Wir rufen beschwörend unseren Mitmenschen zu, hört auf das, was euch die Ehrfurcht vor dem Leben gebietet, und die Stimme Gottes in uns, das Gewissen, die Vernunft. Sollte diese Vernunft aber durch politische Scheinargumente getrübt sein, dann erinnere sich jeder Vater und jede Mutter daran, daß es für Eltern keine höhere Aufgabe und keine heiligere Verpflichtung gibt, als für das Leben, die Gesundheit, die Menschlichkeit der kommenden Generationen zu sorgen, zu arbeiten und zu opfern. Denn schrecklicher als der Atomtod selber, wäre die letzte Frage unserer Kinder, ob wir an diesem ihrem Schicksal mit-schuldig geworden sind. Hiroshima mahnt!**

Zum Titelbild:

„Nie wieder Krieg“

Grafik von Käthe Kollwitz

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60

(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Joachim Hindemith

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.